

**Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein  
mit Chefredaktor Dr. Tino Quaderer und  
Anita Gassner, Redakteurin,  
für das Staatsfeiertag-Magazin 2007  
des Liechtensteiner Volksblattes**

August 2007

---

**In Ihrer Rede am letzten Staatsfeiertag haben Sie sich für Profilschulen ausgesprochen. In der Bildungsreform sind sich die Koalitionsparteien nach längeren Diskussionen mittlerweile einig über den Weg in Richtung Profilschulen. Weist der gefundene Kompromiss in die richtige Richtung?**

Der Kompromiss ist noch nicht die Lösung unserer bildungspolitischen Fragen, aber er ermöglicht nun weitere wichtige Schritte in Richtung Reform der Sekundarschulen. Das seit Jahren heiss umstrittenen Thema „Gesamtschule oder dreigliedriges Bildungssystem“ hat die Diskussion der Profilschulen sehr belastet und bisher die eigentlichen Schritte in Richtung Profilschulen blockiert. Neben einer notwendigen Unterstützung der Schulen beim Erarbeiten ihrer Profile durch Experten wird jetzt entscheidend sein, dass in weiteren Schritten die Schulen eine grosse Autonomie erhalten, die es ihnen erlaubt, eigenständig ihre Profile zu entwickeln und ständig weiterzuverbessern. Nur so werden die Profilschulen von den Lehrkräften mit der nötigen Begeisterung getragen. Wichtig ist, dass dabei auch das Schulamt seine neue Rolle findet. Denn es ist nicht einfach, den Schulen ihre Freiräume zu geben, wenn man jahrzehntelang sehr zentralistisch gedacht hat und organisiert war. Weiters muss für eine wirklich erfolgreiche Lösung den Schülern bzw. Eltern eine weitestgehende Freiheit bei der Auswahl der Schulen eingeräumt und das Finanzierungsmodell den neuen Strukturen entsprechend angepasst werden.

Schliesslich dürfen sich unsere Reformen nicht auf die vier Jahre Sekundarschule beschränken. So sind z.B., gerade was die Frage der Chancengleichheit betrifft, Reformen im Vor- und Volksschulbereich wichtiger als im Sekundarschulbereich.

**Kann mit dem vorliegenden Vorschlag die Idee der Profilschule, wie Sie sie am letzten Staatsfeiertag skizziert haben, angemessen umgesetzt werden?**

Grundsätzlich sollte der notwendige Spielraum vorhanden sein. Entscheidend ist, dass er jetzt auch entsprechend genutzt wird und man nicht im Hintergrund Gesamtschulen einführt, die wieder zentralistisch geführt sind. Die Chance wäre vertan, wenn in Zukunft alle Sekundarschulen nach demselben Schema in 3 Leistungszügen organisiert sind und sich nur dadurch unterscheiden, dass sie unterschiedliche Schwerpunkte wie Musik, Sport, Sprachen oder

Naturwissenschaften haben. Dann schaffen wir nur wieder eine Einteilung der Schüler in verschiedene Kategorien und hätten mit den Schulabgängern die gleichen Probleme wie heute. Profilschulen müssen mehr sein als ein einfaches Zusammenlegen der Sekundarschulen. Wenn die Sekundarschulen aus eigener Initiative neben Fachschwerpunkten auch pädagogisch neue Wege bestreiten können, indem sie z.B. besondere Formen der individuellen Förderung anbieten und innovative Kooperationen mit dem gesamten Umfeld der Sekundarschulen anstreben, erreichen wir wirklich grosse Fortschritte. Nur so wird auch ein gesunder Wettbewerb unter den Schulen erreicht, der sie anspornt, sich ständig weiterzuentwickeln und zu verbessern. Im Unterschied zu heute sollte die Initiative zur Weiterentwicklung vor allem von den Schulen ausgehen, und nicht mehr so sehr von Staat und Schulamt. Dies wäre dann ein wirklich weiterführender Systemswechsel.

**Im Landtag hat vor einigen Wochen das Nicht-Eintreten auf das Jugendgesetz zu Diskussionen geführt. Wie sollte es Ihres Erachtens weitergehen?**

Offensichtlich wollen alle Parteien eine Reform des Jugendgesetzes. Daher wäre der normale Weg, dass sich die Parteien zusammensetzen und besprechen, wo Einigkeit besteht und wo Differenzen sind. Dann wird man analysieren müssen, ob man eine neue Vorlage einbringt oder die alte Vorlage anpasst. Um solche Gespräche wird man in den nächsten Monaten nicht herumkommen.

**Derzeit stehen viele Vorschläge aller Parteien zur Familienförderung im Raum. Wohin sollte sich unsere Familienpolitik entwickeln und besteht überhaupt Handlungsbedarf?**

Es besteht sicher Handlungsbedarf. Die Familienstrukturen haben sich stark gewandelt. Früher gab es bäuerliche Strukturen, in denen die Kinder mitbetreut wurden. Diese Situation hat sich zum einen durch die Industrialisierung und dann nochmals in den letzten Jahren durch die starke Zunahme von Doppelverdienern und Alleinerziehenden gewandelt, sodass heute die Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Kindern laut wird. Am sinnvollsten wäre es, wenn die Wirtschaft, die heute ein grosses Interesse an den gut ausgebildeten Frauen hat, bessere Lösungen anbietet. Längerfristig wird hier sicher einiges geschehen, politisch wird dies aber zu lange dauern und vielleicht zu wenig sein. Daher wird der Staat handeln müssen, auch wenn ihn das etwas kosten wird. Allerdings hat er durch die neuen Familienstrukturen auch mehr Steuerzahler, die die höheren Kosten der neuen Familienstrukturen entsprechend tragen sollten.

Dabei gibt es verschiedene Arten von staatlicher Hilfe: Man könnte dem Elternteil, der zu Hause bleibt, Geld für die Betreuung der Kinder geben. So muss dieser Elternteil sich nicht zwischen Kinder betreuen und Geld verdienen entscheiden. Es ist aber so, dass wir heute in einer Gesellschaft mit sehr hohen Scheidungsraten leben, sodass Elternteile zwar gerne die Kinder zu Hause

betreuen würden, aber Angst haben, zu lange vom Arbeitsmarkt weg zu sein. Deswegen ist der Ruf nach Kindertagesstätten gross. Wenn man aber ausschliesslich neue Kindertagesstätten schafft, ist es wiederum ungerecht für die Familien, in denen ein Elternteil das Kind zu Hause betreut. Denn diese Familien wären finanziell benachteiligt: sie haben keinen Doppelverdienst und zusätzlich würde ein Teil ihrer Steuerbeiträge für die Kindertagesstättenplätze der Doppelverdiener eingesetzt werden. Vielleicht wäre es eine Lösung, dass man das Geld für die durchschnittlichen Kosten einer Kindertagesstätte nicht den Kindertagesstätten direkt gibt, sondern den Eltern. Diese haben dann die freie Wahl, ob sie sich für die Kindertagesstätte entscheiden oder nicht, und, wenn ja, für welche und in welchem Umfang.

**Wen man die Vorschläge der Parteien zur Familienpolitik hört, ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren erhebliche Mehrausgaben auf den Staat zukommen werden.**

Wir sollten darauf achten, dass wir die Finanzmittel möglichst treffsicher denen zuteilen, die sie wirklich brauchen, und Anreize richtig setzen, damit sparsam mit dem Geld umgegangen sowie Missbräuchen vorgebeugt wird.

So haben beispielsweise Förderungen von Familien über Steuerabzüge das Problem, dass die ärmeren Familien aufgrund zu geringer Steuerzahlungen eine solche Unterstützung kaum erhalten, sondern dass primär die mittleren bis reichen Familien davon profitieren. Das Bereitstellen von Kindertagesstättenplätzen durch den Staat benachteiligt, wie erwähnt, die Betreuung zu Hause.

Ein allgemeines Eltern- oder Erziehungsgeld kann wiederum volkswirtschaftlich ungünstige Anreize setzen und viel kosten, besonders wenn ein grosser Teil der Mittel an Eltern ausgezahlt wird, die das Geld nicht brauchen oder es nicht im Sinne der Erziehung verwenden. Verbesserungen können erzielt werden, wenn Elterngelder einkommensabhängig ausgezahlt werden oder die Auszahlung der Erziehungsgelder mit gewissen Auflagen verbunden wird, wie mit dem Erlernen der deutschen Sprache oder dem Besuch eines Elternkurses. Es braucht aber sicherlich noch intensive Überlegungen und Gespräche mit Experten, um die Familienförderung treffsicher zu gestalten und den Eltern trotzdem eine hohe Selbstbestimmung zu belassen.

**Ihre Gattin, Erbprinzessin Sophie hat vor rund einem Jahr erfolgreich die Beratungsstelle schwanger.li ins Leben gerufen. Ein Schwangerschaftsabbruch führt eine Frau in Liechtenstein nach wie vor in die Kriminalität. Wie soll oder kann sich die rechtliche Situation in Liechtenstein ändern?**

Die Erfahrungen des ersten Jahres der Beratungsstelle zeigen, dass in Schwangerschaftskonflikten nicht in erster Linie das rechtliche Umfeld entscheidend ist, sondern das soziale Umfeld. Dies zeigt sich aufgrund von Erfahrungen, einerseits mit Frauen aus Vorarlberg, wo es eine Fristenlösung

gibt, und andererseits mit Frauen aus Liechtenstein, wo es keine Fristenlösung gibt. Die Schwangeren werden vor allem von ihren Lebenspartnern, Eltern und Freunden in die eine oder andere Richtung gedrängt. Ob sie aus Liechtenstein oder Vorarlberg kommen, macht in der Praxis kaum einen Unterschied. Wenn überhaupt ist in einem Umfeld mit einer Fristenlösung der soziale Druck grösser, sich für eine Abtreibung zu entscheiden. Um Schwangeren eine gute Perspektive für ein Leben mit dem Kind zu bieten, ist daher neben einer guten Schwangerschaftsberatung vor allem eine gute Familienpolitik notwendig. Diese sollte unser Schwerpunkt sein.

**Wie in anderen Ländern auch, wird in Liechtenstein seit Jahren eine Debatte über den Reformbedarf bei den Sozialsystemen geführt. Liechtenstein hat wie etwa bei der IV erste Schritte unternommen. Der Handlungsbedarf ist aber nach wie vor gross. Welches sollten die nächsten Schritte sein auf dem Weg zu einer Gesundung unserer Sozialsysteme?**

Nachdem wir bei der IV gewisse Schritte gemacht haben, sind die Altersvorsorge und die Gesundheitsvorsorge zwei wichtige Schwerpunkte. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosen sollten so schnell wie möglich wieder in das Arbeitsleben integriert werden. Vor allem unsere relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit macht mir Sorgen, da sie einmal zu einer grossen Belastung unserer Gesellschaft werden kann.

**Ist eine Erhöhung des Rentenalters in Liechtenstein realistisch und überhaupt durchführbar?**

Der Wandel in der Altersstruktur unserer Gesellschaft bedingt auch einen Wandel unserer Altersvorsorge. Heute haben wir drei Beitragszahler, die einen Pensionisten finanzieren. In der Zukunft ist es absehbar, dass das nur noch zwei sein werden. Jeder wird verstehen, dass das nicht mehr funktionieren kann, wenn man dieselben Leistungen bieten möchte. Angesichts dieser Entwicklung haben wir verschiedene Möglichkeiten. Eine besteht darin, dass man das Pensionsalter erhöht. Das wird irgendwann, sofern die Lebenserwartung nach wie vor so stark in die Höhe steigt, sicher notwendig sein. Allerdings müssen dann auch die entsprechenden Arbeitsplätze vorhanden sein. Eine weitere Möglichkeit ist es, bei den Beitragsleistungen anzusetzen und sich zu fragen, ob diese teilweise zu gross sind und Einsparmöglichkeiten bestehen. Dabei könnte es auch sinnvoll sein, zwar durch die AHV sicherzustellen, dass jeder ein menschenwürdiges Leben im Alter führen kann, für alle weiteren Leistungen aber nicht mehr staatlich, sondern eigenverantwortlich vorsorgen zu lassen. Weiters kann man die Produktivität im Wirtschaftsleben erhöhen, damit es einmal möglich wird, dass nur zwei Beitragszahler einen Pensionisten finanzieren. Ein vierter Bereich ist, die Vorsorgesysteme selbst noch effizienter zu gestalten, damit pro Beitragszahlung mehr Pensionsleistung erzielt werden kann. In der Praxis wird voraussichtlich eine Kombination dieser vier Elemente nötig sein, um in Zukunft unsere Altersvorsorge zu sichern.

**Der Gesundheitsbereich ist einer der grössten Einzelpositionen im Staatshaushalt. Wie schätzen Sie den Handlungsbedarf in diesem Bereich ein?**

Wir haben im Gesundheitsbereich neben dem demographischen Wandel vor allem einen enormen technologischen Fortschritt, der die Gesundheitsvorsorge noch schneller verteuert als die Altersvorsorge. Langfristig werden wir das Gesundheitssystem diesen Entwicklungen entsprechend grundlegend anpassen müssen, ausser wir sind bereit, noch sehr viel höhere Prämien zu zahlen. Wir werden im Bereich der Gesundheit nicht darum herumkommen, uns irgendwann vermehrt Gedanken darüber zu machen, welche Leistungen durch eine normale Vorsorge abgedeckt sein sollen und welche nicht. Dies wird eine sehr schwierige Diskussion werden.

**Sie sind ja nicht nur der Stellvertreter des Staatsoberhauptes, sondern sind durch die fürstlichen Unternehmungen stark im Wirtschaftsleben involviert. Denken Sie, dass der liechtensteinische Gesundheitsmarkt ein effizienter Markt ist oder regiert nach wie vor eher die Planwirtschaft?**

Der Gesundheitsmarkt funktioniert in fast allen Staaten anders als die üblichen Märkte. Es ist regulatorisch sehr schwierig, einen effizienten Gesundheitsmarkt sicherzustellen. Beim Arzt kann ich als Patient im Unterschied zu anderen Dienstleistungen nicht einschätzen, ob ich die Medikamente, die er mir verschreibt, wirklich brauche und ob es billigere gibt. Zudem bezahle ich den Arzt grösstenteils nicht direkt, sondern ich zahle der Versicherung meine Prämie und diese bezahlt dann den Arzt. Dadurch spüre ich nicht wirklich, ob meine Behandlung viel Geld kostet. Wenn ich über Jahre hohe Prämien gezahlt habe, kommt sogar das Gefühl auf, dass es nun ruhig auch viel kosten darf, wenn ich einmal Leistungen in Anspruch nehme. Wenn aber alle so denken, gibt es noch einen zusätzlichen Kostenschub. Andererseits ist auch der Arzt in einer schwierigen Position. Er verdient besser, wenn er möglichst viele Leistungen verschreibt; vor allem aber ist es so, dass, wenn er dem Patienten eine Leistung nicht verschreibt, dieser ihn unter Umständen verklagt oder einfach zum nächsten Arzt geht.

Unser Gesundheitsmarkt funktioniert somit nicht wie die üblichen Märkte. Um Verbesserungen zu erzielen, müssen wir daher prüfen, wie das Gesundheitswesen mehr Elemente der klassischen Märkte erhalten kann. Ein Element wäre, den Patienten durch höhere Selbstbehalte direkter spüren zu lassen, was eine Behandlung kostet. Finanziell schlechter Gestellte und chronisch Kranke müssten aber dann vermehrt auf anderem Wege unterstützt werden.

**Liechtenstein blickt auf die zweitbeste Landesrechnung aller Zeiten zurück. Zugleich laufen Bemühungen um eine Steuerreform. Wie schätzen Sie die**

**Chancen ein, dass Liechtenstein in den nächsten Jahren ein neues Steuerrecht erhält?**

Ich bin optimistisch. Im Vergleich zu vergangenen Steuerreformen ist die Notwendigkeit, dass wir etwas unternehmen, heute wesentlich höher. In den letzten Jahren haben verschiedenste Staaten, mit denen wir in direktem Wettbewerb stehen, sehr attraktive Steuersysteme eingeführt. Um in Zukunft konkurrenzfähig zu sein, sollten wir einen grossen Schritt nach vorne machen und ein wirklich attraktives und durchdachtes Steuersystem einführen, das dann auf Jahre hinaus wieder eine hohe Planungssicherheit bietet. Gleichzeitig sollten wir das Steuersystem international kompatibler machen, um flexibler auf Veränderungen in unserem Umfeld, insbesondere auf den Druck der Hochsteuerländer, reagieren zu können als heute.

Was Ihre Feststellung betrifft, dass wir 2006 die zweitbeste Landesrechnung hatten, so dürfen wir keinen falschen Eindruck erwecken. Das Ergebnis 2006 war nur aufgrund des Verkaufs von Anteilen der Liechtensteinischen Landesbank so überdurchschnittlich gut. Mit solchen Verkäufen dürfen wir in der Zukunft nicht rechnen, sondern wir werden uns angesichts der stark wachsenden Sozialkosten anstrengen müssen, eine ausgeglichene Landesrechnung zu erzielen.

**Die letzten Diskussionen im Landtag haben gezeigt, dass angesichts steigender Einnahmen neue finanzielle Begehrlichkeiten entstehen. Was muss die Politik unternehmen, dass die gute Ausgangslage nicht durch neue Ausgabenpositionen zunichte gemacht wird?**

Die Politik muss bei allen weiteren Reformen darauf achten, dass sie langfristig zu keinen zusätzlichen Belastungen für unseren Staatshaushalt führen. Ich würde mir sogar erhoffen, dass wir in einigen Bereichen Ausgaben sparen, um die Ausgabenlast entweder zu reduzieren oder für andere Bereiche mehr Spielraum zu schaffen. Erfreulich wäre, wenn ein neues Steuersystem so effizient und attraktiv ist, dass die Steuerlast gesenkt werden könnte. Denn vor allem aufgrund der Entwicklung des Gesundheitswesens wird es schwierig sein, in den nächsten Jahren die Lohnnebenkosten im heutigen Rahmen zu halten.

**Würden Sie eingreifen, wenn Ausgaben beschlossen werden, die Ihres Erachtens nicht angebracht sind?**

Ich werde mich sicher nicht bei jeder Kleinigkeit einmischen. Aber wenn grössere Schritte in eine falsche Richtung gesetzt werden, würde ich schon die Notwendigkeit sehen, klare Worte zu finden.

**Ein wichtiges finanzpolitisches Projekt ist die Neuregelung des Finanzausgleichs. Befindet sich Liechtenstein da auf dem richtigen Weg?**

Der Vernehmlassungsbericht der Regierung ist eine gute Grundlage für einen wesentlich verbesserten Finanzausgleich. Er setzt bessere finanzielle Anreize,

schaftt mehr Planungssicherheit und erlaubt es den Gemeinden, ihre gute finanzielle Ausgangslage zu wahren. Wir befinden uns bei diesem Projekt auf dem richtigen Weg.

**Die Stellungnahmen fallen teils sehr unterschiedlich aus, vor allem da die Gemeinden sehr unterschiedliche finanzielle Bedürfnisse und Interessen haben. Denken Sie, dass alle Anliegen unter einen Hut gebracht werden können?**

Jede Reform eines Finanzausgleichs wird einige Kritiker haben. Wenn nicht das Land erhebliche zusätzliche Mittel an die Gemeinden verteilt, wird es bei jeder Reform des Finanzausgleiches Gemeinden geben, die mehr oder weniger zufrieden sind. Allerdings ist es sicher wichtig, die verschiedenen Stellungnahmen nochmals genau zu prüfen. Grundsätzlich stimmt aber der eingeschlagene Weg.

**Eine grosse Entflechtung hat das Land schon fast hinter sich, nämlich die zwischen Land und Gemeinden. Eine andere grosse Entflechtung ist die zwischen Staat und Kirche. Wie ist hier der Stand der Dinge?**

Meines Wissens hat man gewisse Fortschritte zwischen dem Land und der Kirche gemacht. Im nächsten Schritt werden vor allem Fortschritte zwischen den Gemeinden und der Kirche notwendig sein. Dieser Bereich ist nicht einfach, weil sich in jeder Gemeinde die vermögensrechtliche Situation der Kirche etwas anders stellt. Aber es wäre gut, möglichst bald Fortschritte zu erzielen und diese Verwicklungen möglichst klar zu trennen. Zum einen hilft es der Kirche, zum anderen der Gemeindepolitik, weil diese vermögensrechtlichen Verwicklungen viel Konfliktpotential haben.

Die Entflechtung ist aber auch aus einem weiteren Grund sehr wichtig, nämlich vor dem Hintergrund der Integration von Ausländern. Dort steht unter anderem die Rolle anderer Religionsgemeinschaften im Raum. Diese Frage können wir nur befriedigend angehen, wenn wir zuerst die Rolle der katholischen Kirche definiert haben.

Die Gemeindewahlen liegen erst hinter uns, es ist daher ein guter Zeitpunkt, dieses Thema anzugehen, und ich hoffe, dass man möglichst schnell zu Lösungen kommt.

**In anderen Staaten gibt es das System, dass man in der Steuererklärung ankreuzen kann, welcher religiösen Einrichtung das Geld zugute kommen soll. Wäre das ein Modell für Liechtenstein?**

In anderen Ländern wie Italien hat man mit der so genannten Mandatssteuer gute Erfahrungen gemacht. Wie Sie es gerade erwähnt haben, kann man dabei einen Teil der Steuer einer Religionsgemeinschaft oder einem karitativen Zweck spenden. Das wäre eine gute Lösung, die die Autonomie der religiösen Einrichtungen respektiert.

## **Liechtenstein blickt mittlerweile auf fast zehn Jahr Erzbistum zurück. Wie fällt Ihr Fazit aus?**

Die ersten zehn Jahre waren sicher schwierig. Einerseits ist die Situation der katholischen Kirche generell in den deutschsprachigen Ländern nicht einfach. Erschwerend kam bei uns die Art und Weise hinzu, wie das Erzbistum entstanden ist – weder das Volk, noch der Fürst, noch der Erzbischof wünschten sich das Erzbistum.

Ich bin der Auffassung, dass wir jetzt nach vorne schauen müssen und die Möglichkeiten, die sich durch ein eigenes Erzbistum bieten, möglichst gut ergreifen. In den vergangenen zehn Jahren haben wir den Fehler gemacht, dass wir zu sehr über die Entstehung des Erzbistums geschimpft und nicht nach vorne geblickt haben. So ein kleines Erzbistum hat genauso wie ein kleines Land gewisse Nachteile, aber andererseits bietet es eben auch Vorteile und Chancen. Wir sollten uns eher darüber Gedanken machen, wie wir diese Chancen in den nächsten Jahren nutzen können.

## **Die Regierung hat kürzlich angekündigt, im Bereich der Einbürgerung Sprach- und Staatskundetests für Ausländer einzuführen. Ist das der richtige Weg für unsere Integrationspolitik?**

Der Weg des so genannten Förderns und Forderns ist sicher der richtige. Einerseits sollte man jene Ausländer, die sich hier niederlassen oder das Landesbürgerrecht erlangen möchten, möglichst gut unterstützen. Andererseits kann und muss man aber auch das eine oder andere verlangen. Der neue Entwurf des Landesbürgerrechts geht in diese Richtung. Was die deutsche Sprache und Landeskunde betrifft, werden die Anforderungen erhöht; auf der anderen Seite jedoch wird der Erwerb des Landesbürgerrechts in einigen Punkten erleichtert. Dies ist eine sinnvolle Kombination.

## **Haben wir ein Integrationsproblem in Liechtenstein?**

Wir sind sicher in einer besseren Situation als andere Staaten. Das heisst aber nicht, dass wir nicht von anderen lernen können und uns nicht frühzeitig diesem Thema widmen sollten. Es ist aber auch nicht so, dass wir gar keine Probleme in diesem Bereich hätten. Es bestehen im internationalen Vergleich zwar kleine Schwierigkeiten, aber es ist wichtig, dass wir schon jetzt aktiv sind.

## **Wie ist der aktuelle Stand betreffend die Renovation des Schlosses?**

Der Innenausbau ist in der dritten und letzten Phase. Er sollte nach der Sommerpause zu Ende sein. Auch im Bereich der Fassade ist der Grossteil erledigt. Im nächsten Jahr wird noch ein Teil des Innenhofs restauriert und vielleicht ein Teil der Aussenwand respektive das Nordrondell. Danach aber sollte endgültig für eine längere Zeit Ruhe sein, so hoffe ich.

## **Eine persönliche Frage, wie verbringen Sie und Ihre Familie den Staatsfeiertag?**

Der Vormittag ist an und für sich bekannt. Der beginnt mit der Feldmesse und dem Staatsakt und dann der Empfang im Schlossgarten. Anschliessend verbringe ich normalerweise einige Zeit mit der Familie, bis ich dann am späteren Nachmittag ins Städtle gehe und den einen oder anderen Stand besuche. Am Abend stehen ein Abendessen im Familienkreis und natürlich das Feuerwerk auf dem Programm.

**Können Sie das Fürstenfest, trotz Ihrer repräsentativen Aufgaben, noch geniessen?**

Ich geniesse es, obwohl es teils schon anstrengend ist. Besonders am Morgen, wenn man lange auf der Schlosswiese und im Schlossgarten steht. Für mich ist das Fürstenfest aber immer auch eine sehr gute Gelegenheit, mit vielen verschiedenen Leuten ins Gespräch zu kommen.